

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen am 18.01.2018

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:07 Uhr
Ende:	17:30 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Stampf
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
4.	Festlegungen des Ausschusses	
4.1.	Festlegung aus der öffentlichen Sitzung WuB vom 09.11.2017 zum TOP 4.1 - Entwicklung der Schließung der Bäckerei-Filialen Elmi und Sternenbäck (Drucksache 2102/17) BE: Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung	2498/17

- 4.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung WuB vom **2499/17**
09.11.2017 zum TOP 6.2 - Entwicklung Siemens AG
(Drucksache 2221/17)
BE: Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung
5. Informationen
6. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom
07.12.2017

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Beteiligung, Herr Stampf, eröffnete die öffentliche Sitzung und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest. Herr Stampf begrüßte die anwesenden Gäste.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Es gab keine Änderungen zur Tagesordnung.

3. Dringliche Angelegenheiten

Dringliche Angelegenheiten lagen nicht vor.

4. Festlegungen des Ausschusses

- 4.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung WuB vom 09.11.2017 zum TOP 4.1 - Entwicklung der Schließung der Bäckerei-Filialen Elmi und Sternenbäck (Drucksache 2102/17) 2498/17
BE: Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Stampf, bedankte sich für die Stellungnahme und äußerte trotz alledem sein Unverständnis bzgl. der ausgesprochenen Kündigungen.

zur Kenntnis genommen

- 4.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung WuB vom 09.11.2017 zum TOP 6.2 - Entwicklung Siemens AG (Drucksache 2221/17) 2499/17
BE: Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Stampf, begrüßte im Namen aller Ausschussmitglieder den anwesenden Betriebsratsvorsitzenden sowie die Vertreter der Siemens AG vom Standort Erfurt. Einleitend wies er nochmals auf die Brisanz der Thematik hin. Schließlich sind neben den rund 700 Siemens-Mitarbeitern am Standort Erfurt auch eine Vielzahl von Zulieferern in ihrer Existenz bedroht, sollte das Werk am Standort Erfurt geschlossen werden. Sei-

ner Ansicht nach war die Stellungnahme der Verwaltung sehr kurz gehalten, so dass er den Beigeordneten für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft, Herrn Linnert, um vertiefendere Erläuterungen bat.

Als Mitglied der ins Leben gerufenen "Task-Force Siemens", teilte Herr Linnert mit, dass die Vertreter der Stadt gemeinsam mit der Landesregierung und Mitgliedern im Landtag überfraktionell weiterhin politischen Druck auf die Unternehmensführung ausüben werden. Jedoch sei es grundlegend die Entscheidung des Unternehmens, welche Standorte weiter bestehen. Die stärkste Kraft obliegt jedoch der Landesregierung (Zuständigkeit Wirtschaftsministerium). Da die bereits geführten Gespräche vertraulich sind, können derzeit – wegen der sensiblen Thematik – keine weiteren Informationen bekannt gegeben werden.

Den anwesenden Betriebsratsvorsitzenden der Siemens AG vom Standort Erfurt wurde einstimmig das Rederecht erteilt.

Er erklärte, dass der Druck offenbar bei der Unternehmensführung angekommen ist. Es wurde ein Konzept ausgearbeitet, welche Fördermittelmöglichkeiten beinhaltet, jedoch nur wenn der Erhalt des Standorts Erfurt bestätigt wird. Gerade in der Belegschaft besteht Unverständnis, wieso ein Standort mit solch lukrativen und aussichtsreichen Produkten von einer Schließung bedroht ist. Das Generatorenwerk ist im Jahr 2015 weltweit führend in seinem Sektor gewesen.

Frau Walsmann, Fraktion CDU, betonte, dass der Druck der Landeshauptstadt Erfurt weiter wachsen muss und das Unternehmen an diesem Standort Zukunftsmärkte erschließen kann. Sie erkundigte sich, ob in naher Zukunft noch weitere Gespräche geplant sind.

Durch den Betriebsratsvorsitzenden wurde auf die laufenden Sondierungsgespräche hingewiesen. Zu dieser geheimen Sondierungsrunde am 02.02.2018 wurden auch die Bundeskanzlerin, Frau Dr. Merkel und der Vorsitzende der SPD, Herr Martin Schulz, geladen.

Im Hinblick auf die erneute Sitzung der "Task-Force Siemens" am 29.01.2018, äußerte Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., ihr Unverständnis über die einzelne Pressemitteilung des Ausschussvorsitzenden. Schließlich habe der Stadtrat überfraktionell eine Resolution herausgegeben, um geschlossene Unterstützung mit den Mitarbeitern des Siemens-Standorts Erfurt zu zeigen. Sobald die neuesten Ergebnisse aus dem Treffen am 29.01.2018 bekannt gegeben werden, sollte der Ausschuss in der nächsten Sitzung darüber informiert werden. So könne die weitere gemeinsame Vorgehensweise abgestimmt werden.

Herr Prof. Dr. Merforth, Fraktion SPD, richtete sich an den Betriebsratsvorsitzenden und bat um Auskunft, ob auch Gewerkschaftsvertreter Mitglieder im Aufsichtsrat von Siemens als Arbeitnehmervertreter sind und wenn ja, ob diese sich wegen dem Standort Erfurt positioniert hätten.

Durchaus existiert eine Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat, jedoch sind dort nicht einzelne Standorte vertreten. Eine Auskunft, inwieweit diese Vertreter sich zum Standort Erfurt positioniert haben bzw. welche Einflussnahme wegen des Erhalts möglich wäre, ist dem Betriebsratsvorsitzenden nicht bekannt. Er ergänzte, dass die in der Vergangenheit

veröffentlichten Pressemitteilungen wegen des Erhalts ihre Wirkung nicht verfehlt hätten. Der Geschäftsführung sei es durchaus wichtig ein positives Bild in der Öffentlichkeit zu erhalten. Negative Berichterstattung verursache Unruhe. Auch sei bekannt, dass in den Reihen der Anteilseigner die Pläne wegen Standortschließungen, vor dem Hintergrund der hohen Gewinnerzielung und der rund 6.000 betroffenen Mitarbeiter, kritisch betrachtet werden.

Aufgrund der bevorstehenden Sondierungsgespräche einigte sich der Ausschuss auf Vertagung der Drucksache bis ein neuer Sachstand bekannt ist.

vertagt

5. Informationen

Informationen lagen nicht vor.

**6. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom
07.12.2017**

genehmigt Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Stampf
Vorsitzender


Schriftführer/in